



Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW - 40190 Düsseldorf

Landtagspräsidentin
Nordrhein-Westfalen
Frau Carina Gödecke MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



Johannes Remmel

24.03.2017

Seite 1 von 1

Aktenzeichen V-2
bei Antwort bitte angeben

Frau Heesen
Telefon 0211 4566-829
Telefax 0211 4566-388
poststelle@mkulnv.nrw.de

60-fach

Antrag "Ausverkauf von Firmen-Know-How nordrhein-westfälischer Unternehmen verhindern - Veröffentlichung von Antragsunterlagen im Internet bei immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren stoppen", Drs. 16/14016

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

hiermit übersende ich Ihnen den angekündigten Bericht der Landesregierung zu dem oben genannten Antrag zur Veröffentlichung der Antragsunterlagen im Internet nach § 27a VwVfG im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren mit der Bitte um Weiterleitung an die Mitglieder des Landtags.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Remmel

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Schwannstr. 3
40476 Düsseldorf
Telefon 0211 4566-0
Telefax 0211 4566-388
poststelle@mkulnv.nrw.de
www.umwelt.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien U78 und U79
Haltestelle Kennedydamm oder
Buslinie 721 (Flughafen) und 722
(Messe) Haltestelle Frankenplatz

Antrag "Ausverkauf von Firmen-Know-How nordrhein-westfälischer Unternehmen verhindern - Veröffentlichung von Antragsunterlagen im Internet bei immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren stoppen", Drs. 16/14016

Bericht der Landesregierung

1. Zusammenfassung

Um die Öffentlichkeitsbeteiligung zu verbessern, haben sowohl der Bundes- als auch der Landesgesetzgeber NRW die Regelung des § 27a VwVfG verabschiedet. Danach sollen immer dann, wenn das Fachrecht eine öffentliche Auslegung von Unterlagen vorschreibt, diese ohnehin öffentlich auszulegenden Unterlagen auch über das Internet zugänglich gemacht werden. Sowohl im Rahmen der öffentlichen Auslegung als auch bei der Veröffentlichung im Internet ist der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen sowie von sicherheitsrelevanten Informationen zu gewährleisten. Im Rahmen der Fortsetzung des Dialogs mit Wirtschaft, Verbänden, Behörden und Ressorts soll diesem Spannungsverhältnis zwischen dem Informationsinteresse der Allgemeinheit auf der einen Seite und den Aspekten der öffentlichen Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit auf der anderen Seite Rechnung getragen werden.

2. Rechtslage

Im Nachgang zu den Erfahrungen mit „Stuttgart 21“ wurden die Regelungen zur Öffentlichkeitsbeteiligung verbessert. In diesem Rahmen wurde auf Bundesebene im Jahr 2013 und im Anschluss auf Landesebene im Jahr 2014 die Regelung des § 27a VwVfG verabschiedet. Danach sollen in den Fällen, in denen das Fachrecht eine öffentliche Auslegung von Unterlagen vorschreibt, diese ohnehin öffentlich auszulegenden Unterlagen auch über das Internet zugänglich gemacht werden.

Dabei werden nur die Unterlagen über das Internet zugänglich gemacht, die ohnehin einen Monat öffentlich ausgelegt werden und auch über das Umweltinformationsgesetz zur Verfügung gestellt werden müssen. Nach der Monatsfrist für die öffentliche Auslegung werden die Antragsunterlagen wieder aus dem Internet entfernt.

Der Erlass des MKULNV aus dem Jahr 2015 stellt lediglich klar, dass diese allgemein geltende gesetzliche Regelung auch auf die öffentliche Auslegung von Unterlagen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz anzuwenden ist. Die immissionsschutzrechtlichen Regelungen entfalten insoweit keine Sperrwirkung, da sie nicht als abschließende Regelungen, sondern vielmehr als Mindestanforderungen für eine Öffentlichkeitsbeteiligung zu werten sind. Im Übrigen setzt § 27a VwVfG gerade voraus, dass fachgesetzlich zwar eine öffentliche Auslegung, nicht aber eine Veröffentlichung im Internet vorgeschrieben ist.

Bei der Information über das Internet handelt es sich um eine zeitgemäße Kommunikation, mit der die Beteiligung der Öffentlichkeit qualitativ verbessert wird und auch dazu beigetragen wird, sowohl für die Öffentlichkeit als auch für die Verwaltung den Aufwand und die damit verbundenen Kosten zu verringern.

Der Schutz von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen muss nicht erst bei einer Veröffentlichung im Internet, sondern schon bei der Auslegung von Antragsunterlagen gewährleistet sein. Dies wird nach § 10 BImSchG dadurch sichergestellt, dass der Vorhabenträger eine entsprechende Kennzeichnung einschlägiger Unterlagen vornimmt. Die Unterlagen mit Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen werden weder ausgelegt noch im Internet veröffentlicht. Hierauf weist auch der Erlass ausdrücklich hin.

Informationen, die Marktkonkurrenten exklusives technisches oder kaufmännisches Wissen offenbaren und so die Wettbewerbsposition des betroffenen Unternehmens nachteilig beeinflussen könnten, wurden weder in der Vergangenheit noch werden sie heute ausgelegt oder

über das Internet zugänglich gemacht. Durch diese Einschränkung der Veröffentlichung wird die Möglichkeit für Wirtschaftsspionage deutlich verringert.

Weiterhin ist sowohl von einer Auslegung wie auch einer Veröffentlichung solcher Daten im Internet abzusehen, die sicherheitsrelevant sind. Dies ist im Einzelfall unter Beteiligung der hierfür zuständigen Sicherheitsbehörden festzustellen und kann nicht pauschal für alle Einzelangaben zu immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftigen Anlagen unterstellt werden. Die Landesregierung ist sich hierbei des Umstandes bewusst, dass die Bundesrepublik Deutschland mittlerweile prioritäres Ziel jihadistischer Gruppierungen ist, insbesondere des sog. Islamischen Staates und die Gefährdungslage insbesondere in Bezug auf die Gefahr terroristischer Anschläge angespannt ist.

Auch mögliche Urheberrechte müssen bereits im Rahmen der öffentlichen Auslegung berücksichtigt werden. Insoweit ergeben sich keine Unterschiede in Bezug auf die öffentliche Auslegung von Antragsunterlagen und deren Veröffentlichung im Internet. Beide Arten des Informationszugangs sind gesetzlich vorgesehen. Der Antragsteller muss mit den Verfassern klären, dass die Unterlagen für die Durchführung des Verfahrens geeignet sind.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass der Erlass zu § 27a VwVfG bereits vor zwei Jahren herausgegeben wurde und dass in diesem Zeitraum erst in einem konkreten Genehmigungsverfahren die Anwendung des § 27a VwVfG als problematisch an das MKULNV herangebracht wurde.

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass auch die aktuelle EU-Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung vorsieht, dass im Rahmen von Genehmigungsverfahren für UVP-pflichtige Vorhaben die einschlägigen Informationen der Öffentlichkeit elektronisch über ein zentrales Portal zugänglich gemacht werden. Zurzeit ist noch nicht ab-

schließlich geklärt, ob von dieser Veröffentlichungspflicht auch Antragsunterlagen umfasst sind. Dazu wird kurzfristig eine Stellungnahme der EU-Kommission erbeten. Im Rahmen der Umsetzung der UVP-Änderungs-Richtlinie in nationales Recht und der insoweit zurzeit anstehenden Bundesratsverfahren wird in jedem Fall darauf zu achten sein, dass diese Anforderungen auch in Deutschland EU-konform umgesetzt werden.

Auch in anderen Mitgliedstaaten der EU – wie zum Beispiel in Großbritannien, Spanien und Irland - werden Antragsunterlagen bereits im Internet veröffentlicht. Auf den Internetseiten der Behörden Großbritanniens und Irlands sind etwa Antragsunterlagen aus Genehmigungsverfahren für Anlagen der Chemischen Industrie eingestellt.

Im Ergebnis kann vor dem Hintergrund der dargestellten bestehenden Rechtslage der Erlass nicht aufgehoben werden. Eine rechtlich bindende bundeseinheitliche Klarstellung zum „ob“ und „wie“ entsprechender Veröffentlichungspflichten, die die unterschiedlichen Auffassungen zur Bindungswirkung des § 27a VwVfG beseitigt, ist aus Sicht der Landesregierung allerdings zur Wahrung eines bundeseinheitlichen Vollzugs geboten.

3. Fortführung des Dialogprozesses

Mit den Bedenken der Industrie hat sich die Landesregierung unter anderem bereits in der Sitzung des Landesbeirats für Immissionsschutz im Dezember 2016 auseinandergesetzt.

In Fortführung des begonnenen Dialogs hat das MKULNV auch bereits die Vertreter der Wirtschaft, Verbände, Behörden und der betroffenen Ressorts zu einem weiteren gemeinsamen Gespräch eingeladen. In diesem Rahmen werden anhand konkreter Genehmigungsverfahren die Bedenken in Bezug auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse und sicherheitsrelevante Informationen mit allen Beteiligten erörtert werden.

Über das Ergebnis dieses Dialogprozesses wird die Landesregierung ergänzend berichten.